

Individualismus und der Widerspruch zwischen Selbstsetzung und gesellschaftlicher Abhängigkeit

Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, lehrt seit 1974 Soziologie an der Universität Münster.

„Nachdem das Geld jetziger Zeit das eigentliche Wesen des Menschen ist, und nachdeme ohne dieses Metall keine Qualität glänzet; so wundert mich, warum man an statt der Latinität, nicht gleich jedes Kind die Wirthschaft lehret: man siehet ja, daß ein reicher Esel allemal den Vorzug vor dem Gelehrten habe, wann er arm ist, man siehet, sage ich, daß der Dummheit, wann sie Geld hat, von allen Wissenschaften die Cour gemacht wird.“¹

Seit mehr als zwanzig Jahren wird in den Gewerkschaften über eine Modernisierung ihrer Strukturen nachgedacht. Viel geschehen ist in dieser Hinsicht bislang freilich nicht, vor allem sieht sich die „Produktivkraft Partizipation“ (Naschold) nach wie vor sträflich vernachlässigt. Jüngst haben weitreichende Pläne über einen Zusammenschluß der IG Bergbau mit der IG Chemie diese Reformdebatte in Erinnerung gerufen.² Sie beschäftigt seither nicht nur die Off entlichkeit, sondern auch den Deutschen Gewerkschaftsbund, dessen sechzehn Einzelgewerkschaften über zwölf Millionen Mitglieder zählen, von denen allerdings mehr als zwanzig Prozent nicht mehr im Erwerbsleben stehen.

Diese schiere Größe jedoch bietet keine Gewähr für Durchsetzungskraft, wie sich seit längerem erweist. Vielmehr drohen solch organisatorische Dinosaurier, die als anonyme Großorganisationen mühsam den Kontakt zur Realität halten, in der Freizeitgesellschaft von heute an Attraktivität für die Arbeitnehmer zu verHeren.

Das hat vielerlei Gründe: So ist mittlerweile das Geldvermögen der Artbundesrepublikaner mit 3,56 Billionen Mark³ enorm hoch, was vielen Zeitgenossen womöglich ein gewisses Gefühl der Sicherheit vermitteln wird, ebenso wie das (jedenfalls statistisch) auf 4765 DM pro Kopf der Bevölkerung gestiegene Bruttoeinkommen.⁴ Zugleich aber ist auch das private Schuldenvolumen riesig, um von den öffentlichen Händen ganz zu schweigen. Außerdem verdankt sich dieser (noch dazu sehr ungleich gestreute) Reichtum den Umvertei-

1 Kurzer Begriff oder Auszüge derer Gedanken des Herrn Grafen von Oxenstirn über unterschiedliche Materien (1746), 3 Teüe, Frankfurt/Leipzig 31755, hier I, S. 20.

2 Das entsprechende Kooperationsabkommen ist am 4. 5. 1992 in Haltern von den Geschäftsführenden Vorständen beider Gewerkschaften abgezeichnet worden, vgl. Einheit Nr. 10 (1992), S. 6 f.

3 Vgl. Handelsblatt vom 13./14. 3.1992, S. 12.

4 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.1.1992, S. 9.

lungserfolgen der Arbeitnehmerpolitik in den vergangenen Jahrzehnten. Das aber scheint mittlerweile vergessen worden zu sein, ebenso wie die Herkunft der vielen sozialen Pluspunkte,⁵ die man inzwischen offenbar nicht nur für selbstverständlich, sondern auch für (soll man sagen) naturwüchsig hält.

Desorientierung

Gleichwohl, der gesellschaftspolitische Substanzverlust der Gewerkschaften zeichnet sich nicht erst seit gestern ab, weswegen der Sozialphilosoph Oskar Negt entschieden für eine „Erweiterung des politischen und kulturellen Mandats“ der Arbeitnehmerorganisationen streitet, um langfristig deren öffentliche Funktion vielleicht doch noch zu sichern.⁶ Immerhin sind nurmehr zwanzig Prozent der Angestellten im DGB gewerkschaftlich organisiert, obschon diese Schicht die neue Mehrheit der Arbeitnehmer in der modernen Erwerbsgesellschaft stellt.

„Ich denke, mit dem DGB ist niemand zufrieden - wir auch nicht“, so hat Franz Steinkühler diese heikle Lage beschrieben.⁷ „Aber ich kenne auch niemanden, uns eingeschlossen, der sagen kann, wie es besser geht.“

Mit Fusionsplänen allein oder durch die Festlegung neuer Zuständigkeiten unter den Einzelgewerkschaften⁸ jedenfalls ist es nicht mehr getan, um das durch die vielen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft ausgelöste *Soziobeben* zu meistern. Aber die Gewerkschaften scheuen wie andere Großorganisationen auch vor einer Erneuerung an Haupt und Gliedern zurück.⁹ So wird es zunehmend schwerer fallen, die „Beschäftigungsinteressen gegenüber Arbeitgebern, Wirtschaft und Politik wirksam durchzusetzen“, wie Ende Dezember 1991 in einer gemeinsamen Stellungnahme der sechs Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zur Reformfrage angestrebt wurde. Der traditionelle Arbeiter klassischen Typs wird immer seltener, und die noch aus dem Kohle- und Stahlzeitalter stammenden Organisationsrituale und Denkstile der Funktionäre muten inzwischen selbst den eigenen Mitgliedern einigermaßen altbacken an.

Festzustellen ist also eine wachsende Nichtübereinstimmung zwischen gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen und den Erwartungen der Arbeitnehmer, ohne daß sich tatsächlich die lauthals geforderte „Beteiligungsorientierung“ verbandspolitisch irgendwo konkret abzeichnete. Es ist mithin das eine, in organisationsinternen „Strategiekreisen“ die Regionalisierung der Gewerkschaftsarbeit, eine stärker berufs- und branchenbezogene

5 Etwa kürzere Wochenarbeitszeiten, das freie Wochenende, die vermögenswirksamen Leistungen, Urlaubsgeld, Urlaubsdauer, Betriebsgratifikationen, Kündigungsschutz im Alter, Weihnachtsgeld, Kantinenessen, Personalrabatt, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.

6 Die Herausforderung der Gewerkschaften, Frankfurt/New York 1989, S. 16 ff.

7 Zit. Frankfurter Rundschau vom 15.11.1991, S. 2.

8 Dazu Hanjo Gergs, Rudi Schmidt, Rainer Trinczek, „Die Claims der Einzelgewerkschaften sind umstritten“, in: WSI-Mitteilungen Nr. 3 (1992), S. 149 ff.

9 Man denke nur an die Folgenlosigkeit jener 80 Seiten starken internen Reformstudie, die sich bereits 1975 kritisch mit der Zukunftsrolle der Gewerkschaften beschäftigt hat, Vgl. Der Spiegel Nr. 19 (1975), S. 38 f.

Tarifpolitik oder auch eine gewerkschaftseigene Antwort auf die Entkopplung von Arbeits- und Maschinenlaufzeit zu fordern; etwas ganz anderes aber wird es sein, die in der Gesellschaft zu verzeichnende „partizipatorische Revolution“ (Kaase) durch eine Reformpolitik¹⁰ aufzufangen, die das gesellschaftspolitische Wirken der Gewerkschaften ebenso aktualisiert wie sie die Verkrustungen der eigenen Binnenstruktur abträgt. Denn es besteht hierzulande zwar durchaus ein starkes Interesse bei Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit an funktionsfähigen Gewerkschaften; die häufig geforderte Kompetenzverlagerung hin zum Dachverband allein reicht aber korrekturstrategisch nicht mehr aus, hält man sich einmal die wirklichen Herausforderungen vor Augen, mit denen sich der DGB mittlerweile in Staat und Gesellschaft konfrontiert sieht.

So läßt sich im Haushalt der Moderne eine großflächige Verhaltensmodifikation feststellen. Die sozialwissenschaftliche Diskussion der siebziger Jahre über den vorherrschenden „Famillialismus ohne gesellschaftliche Reichweite“ (Tenbruck) ist längst vorbei. Heute läßt sich hingegen eine Ersetzung familialer Sozialfunktionen beziehungsweise kollektiver Identifikationen durch Selbstverwirklichungspräferenzen und Intimitätssteigerung feststellen, die auf eine Pluralisierung der bisherigen Formen des Zusammenlebens und der Zusammengehörigkeit hinauslaufen. Dieser „Rückzug ins Private“ (Edgar Fiel) zeugt insgesamt gesehen von einem ausgesprochen ambivalenten Modernisierungsschub, dem die Gegenwart unterhegt, ohne daß die Konturen des Neuen bislang deutlich sind. Jedenfalls bedeutet die beobachtbare Individualisierung nicht unbedingt auch eine Maximierung der Autonomie in der Gesellschaft. Vielmehr lösen sich nicht nur überkommene Bindungen auf, außer eher Ich-bezogene Präferenzen sind neue Wertmaßstäbe mit Allgemeinverbindlichkeiten bisher kaum auszumachen.

¹⁰ Um einmal ganz abzusehen von der weitergehenden These einer Strategie gewerkschaftspolitischer Vorbeugemaßnahmen: Nicht, daß deren Erfolg nicht ebenso erfreulich wie nötig wäre - man rufe sich nur den ökologischen Steuerungsbedarf ins Gedächtnis. Aber vorbeugen verlangt auch vorherzuwissen. Und systematisch könnte man das Geschehen nur lenken, wenn der Sozialprozeß insgesamt zu beeinflussen wäre. Wenn überhaupt, schiene das nur noch einem allwissenden Weltgeist möglich - so ist nicht zuletzt mit Blick auf die politischen Holzwege der Arbeiterbewegung zu erkennen -, der gleichsam teleologisch nicht allein die gesellschaftlichen Bedarfslagen und Bedürfnisentwicklungen in toto überschaute, sondern der auch die kollektiven Entfaltungsmöglichkeiten des Wissens, der Neugier, des Könnens und der Phantasie der Menschen motivieren und dirigieren könnte. Einmal ganz abgesehen von der politischen Durchsetzungsfrage einer derartigen Absicht, so etwas wird kaum möglich sein, das ist reines Wunschdenken. Und insofern hat schon der Soziologe und Sozialist Eduard Hermann (Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929) die gesellschaftlich-relevante Aufgabe der Linksparteien und Gewerkschaften als nachbereitende Humanisierungsarbeit definiert, die derart sehr wohl in die Zukunft hineinwirkt, wenn auch eher indirekt: Indem die Dauerverbesserungen der Lage der Grundschichten ein entsprechendes Ansteigen des kollektiven Anspruchsniveaus nach sich ziehen, ergibt sich gesamtgesellschaftlich gesehen auch eine komfortablere Ausgangslage, die bei Strafe des Innovationsverlustes nicht nur nicht mehr „von oben“ hintergebar sei, sondern die Handlungsmöglichkeiten der Reformkräfte sogar ausweiten würde. Ein derartiges Gegenmachtmodell wurde übrigens seit Beginn des Jahrhunderts in Abgrenzung zum Bolschewismus entworfen, der seine im Wettbewerb mit der Marktgesellschaft bald unübersehbare Motivierungsincompetenz des „Humankapitals“ auszugleichen suchte durch Gewaltinvestitionen, die allerdings nicht nur nichts mit sozialistischen Visionen zu tun hatten, deren Wirkung vielmehr anderswo schwer behinderten, um dann doch nichts Positives zu erreichen, wie wir nicht erst heute erkennen können.

Das Verdunsten der *Gemeinschaft*, erst zugunsten der *Gesellschaft*, heute hingegen im Sinne einer *Gelöstschaft*, wie sich die anstehende Entwicklungsstufe vielleicht bezeichnen ließe, war (und ist) allerdings nicht nur ein widersprüchlicher, sondern durchaus auch ein Prozeß mit vielen Rückschlägen.

Rückblick

Wir schreiben Paris, den 1. Dezember 1851. Auch an diesem Montagabend hatte Prinz Louis-Napoleon Bonaparte im Elyseepalast zum Empfang gebeten, ganz so, wie es der amtierende Präsident der Französischen Republik seit nunmehr drei Jahren an jedem Wochenanfang zu tun pflegte. Außer einer seit längerem zu verspürenden allgemeinen politischen Gereiztheit deutete im Lande eigentlich nichts darauf hin, daß ein politischer Umbruch bevorstand, der dann nicht nur auf sensible Zeitzeugen wie Alexis de Tocqueville, Jacob Burckhardt oder auch Walter Bagehot in England wie ein Kulturschock wirken sollte.

Nein, erst die dramatischen Ereignisse in Frankreich signalisierten Europa eine Kehrtwende, welche die im Westen des Erdteils überwunden geglaubten Formen der politischen Bevormundung zurückbrachte.

Was geschah damals? Nachdem sich der dreiundvierzigjährige Regierungschef nachts gegen 22 Uhr 30 unauffällig von dem Empfang zurückgezogen hatte, traf er sich in seinem Arbeitszimmer mit einer Gruppe von politischen Verschwörern, um letzte Einzelheiten des für die nächsten Stunden vorbereiteten Staatsstreiches abzusprechen.

Kurz darauf war es so weit. Noch in der Nacht besetzte die Armee strategisch wichtige Punkte in Paris, während die Polizei am frühen Dienstagmorgen Tausende von Personen inhaftierte, von denen die Organisation eines demokratischen oder auch royalistischen Widerstandes hätte ausgehen können. Trotz der Errichtung einiger Barrikaden in den ärmeren Vierteln der Hauptstadt, und obschon mehrere Kreisstädte in der Provinz bewaffnete Aufmärsche erlebten - die allerdings rasch unterdrückt werden konnten -, blieb die Bevölkerung erstaunlich ruhig, wodurch kritische Beobachter endgültig von einer politisch-mentalenden Trendwende überzeugt wurden, mehr noch als durch den Staatsstreich selbst.

Die öffentliche Gleichgültigkeit - „das Merkwürdigste“ dieser Tage¹¹ - ließ sich eben auch als Zustimmung deuten. Und diese Sichtweise sah sich durch das anschließende Plebiszit bestätigt, das den Verfassungsbruch rechtfertigen sollte und dem Prätendenten dann tatsächlich über sieben Millionen Ja-Stimmen sicherte, bei gerade 646 000 Nein-Sagern.

Danach erst ging es richtig los mit der Rundumerneuerung autoritärer Verhältnisse im Lande. Und diese Umwälzung mündete ein Jahr später in der Errichtung eines neuen, des Zweiten Kaiserreiches, und bis zur Niederlage im

¹¹ So Alexander Cartelheri, *Geschichte der neueren Revolutionen*, Leipzig 1921, S. 137.

Deutsch-Französischen Krieg von 1870/1871 wurde Frankreich fest in den Griff genommen.

Im Winter 1851 handelte es sich also nicht allein um einen Führungswechsel, was aufmerksamen Beobachtern bald klar wurde. Denn bei dieser Gelegenheit fanden sich in Paris keineswegs nur die Staatsverhältnisse neu geordnet. Auch die Sozialbedingungen sollten von dem „Saint-Simon zu Pferde“, wie der Zeitkritiker Charles Augustin Sainte-Beuve einmal den napoleonischen Machtprätendenten genannt hatte, wieder an die staats-organisatorische Kandare gelegt werden.

Vor allem wollte man das Ideenklima korrigieren, das nicht erst seit der Revolution von 1789 lauthals die persönlichen Rechte proklamierte. Der Ruf nach individueller Freizügigkeit, der am Beginn der französischen Bürger-epoche stand, versetzte seinerzeit ganz Europa in einen Fortschrittsrausch. Und den damit einhergehenden zivilgesellschaftlichen Aufbruch hatte auch die Restauration nach 1815 kaum einzudämmen vermocht, ebensowenig wie spätere Versuche in Frankreich oder anderswo.

Die lebensweltliche Dynamik der Fabrikwelt war nicht mehr anzuhalten. Gerade dieser Befund erklärt in der Rückblende, warum die Betreiber des autoritären Umbruches in Paris so energisch versuchten, die Uhr doch noch - wenn nicht zurück-, so doch wenigstens umzustellen. Es gab Presseeinschränkungen und schwere Behinderungen der Opposition, außerdem erhielt die Kirche in vielen Bereichen wieder das Sagen. Aber mehr noch, vor allem ging man mit der freiheitlichen Denktradition selbst ins Gericht. Mithin standen in Paris nun die libertären Leitideen der Moderne am Pranger, weil man sie für die seinerzeit keineswegs nur in Frankreich, sondern überall auf dem Alten Kontinent von der gesellschaftlichen Beletage ängstlich vermerkte Unregierbarkeit der Massen verantwortlich machte.

Freizügigkeit

Die Grundbegriffe der republikanischen Neuzeit waren der Obrigkeit ein Dorn im Auge, denn sie forderten vehement die Entlassung des Individuums aus aller Gebundenheit. Und so konnte es nicht erstaunen, daß schon am Montag, dem 6. Januar 1852, an allen Plätzen im Lande ein Erlaß der Polizeipräfektur angeschlagen war,¹² der mit Blick auf den „anarchischen Charakter“ der Menschenrechte die umgehende Beseitigung von Begriffen wie ‚Freiheit‘ oder ‚Gleichheit‘ von allen öffentlichen Monumenten, Anschlägen oder von sonstigen Manifestationen verlangte.

Schön und gut, das ließ sich administrativ anordnen und durchführen. Aber bekanntermaßen erwies es sich als vergebliches Bemühen, dadurch etwa die weitere Ausbreitung des *Individualprinzips* und damit die Voraussetzung der Marktentfaltung wirklich abfangen zu können. Die Chronik des französischen

¹² Vgl. Rene Arnaud, Le 2 decembre, Paris 1967, S. 154.

Kaiserreiches selbst beweist, daß gegen die mit der Industriemoderne um sich greifende Wertschätzung der persönlichen Unabhängigkeit bei Strafe des wirtschaftlichen Zurückbleibens kein Kraut gewachsen war. Entsprechend sind bis heute alle Versuche dieser Art mißlungen.

Warum das so war, hat Louis Dumont¹³ mit Blick auf die Schwierigkeiten einer Ausprägung des Individualprinzips, die eine rein europäische Leistung war, vor kurzem nachgezeichnet.¹⁴ Der französische Anthropologe geht in diesem Zusammenhang von den gegensätzlichen Begriffen des „Holismus“ als dem Konzept der sozialen Ganzheit einerseits und dem des „Individualismus“ andererseits aus.¹⁵ Das aber heißt, von der Vorstellung des Ich als der zentralen sozialen Größe - was deren Befähigung zur Autonomie einschließt -, um den Entwicklungssprung zwischen den vormodern-hierarchischen und den neuzeitlich-egalitären Gesellschaften überhaupt angemessen beschreiben zu können.

Der Indien-Spezialist Dumont definiert dabei die Modernisierung vornehmlich als das Anwachsen individueller Spielräume. In einer informativen Geschichte der Ideen sieht sich dabei auch das Heraustreten des Individualrechts aus den traditionellen Formen der Vergesellschaftung aufgewiesen. Das war ein mühseliger Vorgang, der sich über Jahrhunderte erstreckte und der für den Autor übrigens durchaus auch ein Verlustgeschäft darstellt. Denn individuelle Freiheit bedeutet immer auch Vereinsamung, um eine Formel von Helmut Schelsky zu variieren. Kaum verwunderlich vielleicht, warum es seither periodisch Anfälle einer romantischen Sehnsucht nach der gemeinschaftlichen Geborgenheit zu geben pflegt. Der Theologe Ernst Troeltsch¹⁶ - auf dessen Forschungen sich Dumont ausdrücklich bezieht - spricht beispielsweise von „sozialisierenden Gegenwirkungen gegen diese Zersplitterung“ und erahnt¹⁷ schon zu Anfang der zwanziger Jahre das „Heraufdämmern einer neuen Kultur der Gebundenheit“. Mitten in Europa wurde ihm um „Freiheit und Persönlichkeit“ ganz bange.

Hier war freilich vom Widerstand *älterer* Formen der Vergesellschaftung gegen das Individualprinzip die Rede, so wie er schon im Jahr 1851 in Paris zu beobachten war. Ganz in diesem Verständnis verbucht auch Dumont etwa den *Totalitarismus* als Produkt solcher Abwehrhaltung, und er bezeichnet ihn entsprechend als „eine Krankheit der modernen Gesellschaft“, die „aus dem Versuch resultiert, den Individualismus in einer Epoche, in der er tief verwurzelt... ist, dem Primat der Gesellschaft als Totalität unterzuordnen“.

13 Individualismus. Zur Ideologie der Moderne, Frankfurt am Main/New York 1991.

14 Vgl. dazu aus anderem Blickwinkel den Harvard-Soziologen Orlando Parterson, der in einer anspruchsvollen, schlicht „Freedom“ (New York 1991) betitelten Studie die ausschlaggebende Rolle herausgearbeitet hat, die die Idee der Freiheit für die Entstehung der westlichen Kultur spielte.

15 Vgl. dazu jeweils seine früheren Bücher „Homo hierarchicus“, Paris 1967 und „Homo aequalis“, Paris 1977.

16 Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt (1906), München/Berlin 1911, S. 14.

17 Die Soziallehren der christlichen Kirchen, Tübingen 1923, S. 289.

Modernisierungsschäden

Es sei dahingestellt, ob das etwa mit Blick auf den Nationalsozialismus wirklich zutreffend ist, den man neuerdings gerade als Modernisierungsschub deuten möchte.¹⁸ Der Kollektivfimmel der Braunhemden frei nach „Du bist nichts, Dein Volks ist alles!“ entpuppte sich demnach als ideologisches Zugeständnis an die vielen Mitläufer, die die Krisenhaftigkeit der Epoche mit der Moderne gleichsetzten, welche alle Zusammengehörigkeit bedrohte. Offenbar hatte und hat der Gemeinschaftsbegriff gleich welcher Couleur im Zeitalter der Individualisierung eine erstaunliche Anziehungskraft bewahrt, oder anders formuliert: Nicht erst heute und nicht nur im politischen Raum war und ist Widerstand gegen die Nebenfolgen der unablässigen Modernisierung spürbar. Man denke nur an die rasche Ausbreitung der fundamentalistischen Auflehnung gegen die westliche Entwicklung.

Louis Dumont erwähnt als Problemzeugen für diese Ambivalenzen unter anderen den Soziologen Karl Pribam (Jahrgang 1877), der in einer blendenden Studie über „Die Entstehung der individualistischen Sozialphilosophie“ (Leipzig 1912) die erheblichen Bedenken sogar jener Souffleure der Moderne - von Thomas Hobbes bis Adam Smith - geschildert hat, die sich geradezu verzweifelt den Kopf darüber zerbrachen, wie denn die zunehmende Vereinzelung so mit dem Gemeinwohl und der Gültigkeit universeller Normen zu verbinden wäre, daß auch weiterhin die Gesellschaft gedeihen könnte? Und diese Frage wird heute immer noch gestellt, der Historiker Noel Annan hat in einer Geistesgeschichte der letzten hundert Jahre daher zu Recht noch einmal die Bedeutung dieser Individualisierungsdebatte betont, die sich seit langem auch als Modernismusstreit drapiert.¹⁹

Wenigstens theoretisch ging es dabei immer auch um eine „Überwindung dieses Gegensatzes“, da „weder die bloßgesellschaftliche noch die individualistische Kultur die dem Menschenwesen notwendigen Aufgaben löst“, wie es Rudolf Eucken in einem zuerst 1916 erschienenen philosophischen Bestseller über die „Grundbegriffe der Gegenwart“ auf eine Formel zu bringen versucht hatte.²⁰

Der Meinungs austausch über den Individualismus als Chance und Last ist bis heute nicht abgeklungen. Es ging und geht in diesem Zusammenhang aber noch um ganz andere Fragestellungen, ohne hier die begriffliche Unterscheidung zwischen „Subjekt“, „Person“ und „Individuum“ zu meinen, also die so wichtigen philosophischen Deutungsprobleme des Menschen als *self-interpreting animal*, wie sie Manfred Frank²¹ in fesselnden „Essays zur analytischen Philosophie der Subjektivität“ herausgearbeitet hat. Wovon soll stattdessen die Rede sein?

¹⁸ Vgl. Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991.

¹⁹ OurAge, London 1991

²⁰ Geistige Strömungen der Gegenwart, Berlin/Leipzig 1920, S. 317.

²¹ Selbstbewußtsein und Selbsterkenntnis, Stuttgart 1991.

Über den Individualismus wird nicht erst wieder gestritten, seit der religiöse Fundamentalismus die Grundlagen der westlichen Welt so heftig in Frage stellt. Es gibt noch andere Gründe für die seit einigen Jahren laufende Debatte über die Zukunft des Individualismus in der Postmoderne. Man denke nur an die durch Michel Foucault ausgelöste Rede vom „Tod des Menschen“, die, von Frankreich ausgehend, auch hierzulande seit längerem für erhebliche Aufmerksamkeit sorgte.²² Freilich handelt es sich bei dieser Erörterung nicht um die Frage nach dem Ende der Individualität überhaupt. Die französischen Subjektkritiker hatten vielmehr ein bestimmtes, wohl auf Rene Descartes zurückgehendes Bild eines sich selbst gewissen und daher angeblich auch völlig transparenten Ichs im Auge. Diese Selbstgewißheit aber schien weder erkenntnistheoretisch zu stimmen, denn alle Einsicht ist immer schon intersubjektiv vermittelt; noch paßte sie zur empirisch feststellbaren und offenbar kollektiv vermittelten Sehnsucht nach Selbstaufgabe, auf der so viele Wahnsysteme der Neuzeit gefußt haben.

Egozentrik?

Der Diskurs über den Individualismus betrifft also nicht allein die möglichen Dimensionen solcher Selbstaufgabe der Ich-Autonomie. Es geht überhaupt nicht nur um die Gefährdung individueller Spielräume durch die Vorherrschaft des Kollektiven, die schon Max Horkheimer²³ vom „Untergang des Ichs“ sprechen ließ.²⁴ Vielmehr wird seit einiger Zeit auch über die Gefährdung des Individualismus durch sein Ausufern diskutiert.

Im Rahmen der weiteren Modernisierung der Modernität zeichnet sich nämlich nicht nur eine zunehmende Isolierung der Menschen ab, die sich noch dazu einer ausgewachsenen „Tyrannei der Intimität“ (Sennett) ausgesetzt sehen. Überdies kann diese Insulierung - als Flucht ins Private - auch einen Verfall des „offenen Himmel des Gemeinsinns“ (Schiller) herbeiführen, so daß im Rausch der Egoistisierung der Gesellschaft auch die Fundamente der Moderne zerbröseln könnten, die bislang immerhin ein einigermaßen gedeihliches Ineinandergreifen von öffentlicher Zuständigkeit und privater Entfaltung ermöglicht haben. Was kommt hier zur Sprache?

Der wichtigste Wertwandel, über den seit geraumer Zeit gestritten wird, ist mit dem Begriff der *Individualisierung* umschrieben.²⁵ Inzwischen stellen wir eine Flucht aus dem familialen Aufgabenbereich fest, der modische Drang nach Selbstverwirklichung scheint auf eine Vervielfältigung der Formen des Zusammenlebens hinauszulaufen oder sich aus ihr zu ergeben.

22 Wie es der von Herta Nagl-Docekal und Helmuth Vetter unter dem Titel „Tod des Subjekts?“ (Wien/München 1988) herausgegebene Themenband belegen mag.

23 Notizen 1950 bis 1969 und Dämmerung. Notizen in Deutschland, Frankfurt/Main 1974, S. 45.

24 Dabei sei hier gar nicht auf eine technologische Evolutionsperspektive jenseits des Individualismus eingegangen: Etwa im Sinne von Hans Moravec, Direktor des „Mobile Robot Laboratory“ (Pittsburgh), für den über Künstliche Intelligenz, virtual reality und Automatisierung ohnedies etwa ab dem Jahr 2050 die dann vierte Robotergeneration als „Kinder des Geistes“ die Menschheit und ihre leidigen Probleme mit sich selbst womöglich obsolet werden lassen, vgl. Frankfurter Rundschau vom 21.12.1991, S. 13.

25 In einer detaillierten Untersuchung über „Wandel und Konstanz von Wertstrukturen“ (Speyer 1991) hat Willi Herbert die Deutungskonkurrenz um diesen Begriff mit neuem Erhebungsmaterial ausgeleuchtet.

Bislang freilich bleibt die Anerkennung und Nutzung dieses Trends - vor allem als Erklärung sozialer Veränderungen - ebenso auf Vermutungen angewiesen wie deren sozialpolitische Beurteilung. Grund genug, die empirischen Ergebnisse der Individualisierungsdebatte kurz zu beleuchten. Steigende Scheidungsraten und quälendes Beziehungsgerangel schrecken ab, die vielen Singles wollen sich das Miteinander nicht mehr antun. Lieber allein! - das sagt sich inzwischen fast die Hälfte aller Männer und Frauen im „besten Alter“. Entwicklungen wie diese deuten auf weitreichende Veränderungen in den persönlichen Verhaltensvorlieben hin, womit sich (aber das nur nebenbei) diese Selbstentdeckung in hohem Maße wiederum als Standardisierung verrät, worauf Alphons Silbermann hingewiesen hat.²⁶

Ohnehin bleibt diese Tendenz und der mit ihr verbundene Hang zum sogenannten Postmaterialismus fast in jeder Beziehung von gesellschaftlichen Voraussetzungen abhängig - die Stichworte lauten hier Wohlstandsmehrung, Bildungsausweitung oder auch Mobilität -, ohne daß dieser Tatbestand breitenwirksam noch bewußt zu sein scheint. Der Rückzug aus allen Formen der Organisation, jedenfalls soweit sie über enge Beziehungsnetze oder expressive Einpunktbewegungen hinausreichen, ist daher umso auffallender.

Die Bereitschaft zum Sozialengagement²⁷ geht in der Bevölkerung drastisch zurück, nurmehr 15 Prozent im Osten und 23 Prozent der Erwachsenen im Westen können sich eine karitative Tätigkeit in der Freizeit überhaupt noch vorstellen. Droht unsere Gesellschaft also „gemeinwohlunfähig zu werden“, wie es Norbert Lammert, Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, im September 1991 deutete?²⁸ Ein öffentliches Engagement setzt den breiten Konsens in der als wichtig empfundenen Sinn- und Wirklichkeitsdeutung voraus. Ist dieser Allgemeinsinn der Gegenwart abhanden gekommen?

Darüber kann man bisher nur spekulieren. Denn in der Literatur zu den Fragen der Individualisierung im familialen Bereich, der Enttraditionalisierung industriegesellschaftlicher Lebensformen, der Veränderung von Partnerschaften und einer Denormalisierung von Lebensläufen werden diese Trends bisher vor allem erst einmal vermessen. Dabei diskutieren die einschlägigen Arbeiten heftig etwa über eine Verhandlungsfamilie auf Zeit, eine Re-intimisierung der (Probe-)Paarbildung, eine Vereinzelungsspirale, einen Selbstzwang zur arbeitsmarktlichen Standardisierung der eigenen Existenz. AU das mag als Folge der ungehemmten Weitermodernisierung der Moderne ins Haus stehen. Gleichwohl bleibt es schwierig zu beurteilen, etwa auch mit Blick auf die Zukunft der Sozialethik, *was* sich daraus gesellschaftspolitisch ergibt.

Die nachteiligen Begleiterscheinungen dieser Wende zur Selbstbeweihräucherung haben in den USA inzwischen allerdings eine Gegenbewegung auf

²⁶ Neues Wohnen der Deutschen (West), Köln 1991.

²⁷ Vgl. Westfälische Nachrichten vom 18. 5.1991, S. 1.

²⁸ Vgl. Westfälische Nachrichten vom 26. 9.1990, o. S.

den Plan gerufen, die Schule der sogenannten *communitarians*. In diesem Umfeld wurde korrigierend das Modell einer „fürsorglichen Gesellschaft“ entworfen, über das etwa in einer wichtigen, unter dem Titel „The Good Society“ (New York 1991) veröffentlichten Studie von Robert N. Bellah und Mitarbeitern nachzulesen ist.

Gemeinwohlerfall

Solche Gegenreaktion verwundert kaum, denn offenbar macht - ganz im Sinne jenes privatistisch-modernen Weltverständnisses eines Max Stirner - zunehmend „Der Einzige und sein Eigentum“ (1845) die wichtigste Sorge des Zeitgeistes aus. Solidargemeinschaftliches Handeln hingegen gilt als angeblich überflüssiges Funktionselement der Epoche, obschon es doch im Nahbereich - also in der Reproduktion, der Erziehung oder auch in der Versorgung der Schwachen - tatsächlich das Lebensprinzip aller Vergesellschaftung bleibt.

Die Ideologie der westlichen Gegenwart, individualistisch gestimmt, pflegt ihr Image in den Medien, und das fällt nicht nur ewig-jugendlich aus, sondern schmeckt auch nur noch nach dem Abenteuer der Selbstverwirklichung.²⁹ Solche Hysterie ist natürlich kein günstiger Boden für mitmenschliche Rücksichten, und die Politik der Gewerkschaften - um nur einen Sozialverband mit Gemeinwohlverpflichtung zu nennen - kann diesem Egotrip schwerlich folgen. Die vielen Strukturverschiebungen in der Arbeitswelt

- das Wachstum der Angestelltenschaft,
- die Tertiärisierung der Wirtschaft,
- die Anforderungsprofilierung am Arbeitsplatz,
- die geschlechtlichen Problemdifferenzierungen in der Berufswelt,
- die ausbildungs-bedingten Randständigkeiten,
- die ethnischen Differenzierungen/Differenzen und so weiter

erschweren ohnehin eine erfolgreiche Interessenvertretung, denn die einigermaßen übersichtliche und damit auch berechenbare Schicht- und Wählerstruktur gehört der Vergangenheit an. So übersteigt (neben der wachsenden Wahlenthaltung) die Zahl der Wechselwähler schon heute die Fünfzig-Prozent-Marke, Stammwähler werden Mangelware.

Überdies muß sich das Politikangebot auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zugehörigkeiten (Habitate/Milieus und so fort) einstellen, mit voneinander deutlich abweichenden Einstellungen und Erwartungen. Die Schichtsoziologie kommt so im Rahmen der Lebensstilforschung zu einem sehr varianten-

²⁹ Für die Medienkonsumenten scheint ein Einblick in die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen und strukturellen Zusammenhänge dieser Ausgangslage kaum mehr möglich. Und die Informationsalternativen etwa der Gewerkschaften oder der Linken insgesamt, von wenigen hochsubventionierten Ausnahmen einmal abgesehen, kranken längst an betriebswirtschaftlicher Inkompetenz. Das unter dem Diktat der Einschaltquoten stehende Fernsehen hingegen bläht sich zu einem modernen Dominanzgebilde auf, das seine Zeit nur noch in Gedankenlosigkeit widerzugeben vermag. Frei nach „Edel sei der Mensch, stinkreich und gut!“ sieht sich eine „Realität“ fabriziert, die diesen Namen zwar nicht verdient, gleichwohl aber massenwirksam den Vorstellungshaushalt der Zeitgenossen formt. Und darunter haben nicht zuletzt die sozialpolitischen/-ökologischen Reformbewegungen zu leiden, weil sie wahrnehmen müssen, daß man diesen mentalen Vorgaben nurmehr hinterherhinkt, trotz aller Verweise auf die objektive Lage.

reichen Bild.³⁰ Eine derartige Zersplitterung mag man womöglich wieder in größere Einheiten bündeln - vom Aufstiegsorientierten bis zum Geltungsbedürftigen -, aber auch dann behält man noch eine Handvoll von Adressatenfeldern mit recht unterschiedlichen Lagerungen, Mentalitäten und Hoffnungen.

Zukunft der Gewerkschaften

Kritik an der Individualisierung gibt es freilich schon seit langem. So hielt bereits vor gut fünfzig Jahren, am 8. März 1935, der holländische Kulturhistoriker Johan Huizinga in Brüssel einen Vortrag, in dem er „eine Diagnose des kulturellen Leidens unserer Zeit“ versuchte. Von Werner Kaegi übersetzt, wurden diese Überlegungen ein Jahr später vom Berner Gotthelf Verlag unter dem Titel „Im Schatten von morgen“ publiziert. Das Buch hebt an mit einem bewegenden Kapitel über „Untergangsstimmungen“, und der Leser heute stellt einigermaßen verblüfft fest, daß sich dort bereits alle Vorbehalte gegen eine Modernisierung ohne Maß und Ziel finden, wie sie auch schon von der Romantik artikuliert wurden, und wie sie uns noch heute bewegen. Kulturpessimismus ist also wenig aussagekräftig. Solche Stimmung neigt zur Apathie oder - wie Geschichte und Gegenwart zeigen - zu politischen Panikreaktionen, und das sind ihrerseits hochproblematische Fehlverhaltensweisen. Festzuhalten bleibt mit Friedrich Hebbel allemal, daß „das Universum nur durch Individualisierung zum Selbstgenuß kommt“.³¹

Es kann also nicht um eine Flucht in neue Hörigkeiten gehen, aber auch nicht um den Ausstieg aus der gesellschaftlichen Verantwortung. Vielmehr handelt es sich um mehr Verständnis dafür, daß auch in Zukunft die Entfaltung des Ichs abhängig bleibt von einer gleichermaßen in Staat, Gesellschaft und Lebenswelt gelingenden Zwischenmenschlichkeit. Zu deren Pflege sind die Gewerkschaften einmal angetreten, indem sie durch den Streit um Lageverbesserungen für die Abhängigen und Benachteiligten nicht nur den allgemeinen Wohlstand fördern halfen, sondern zugleich auch einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsethik das Wort redeten. Gerade ihre historischen Erfolge bringen sie heute aber in Schwierigkeiten, weil man mittlerweile für selbstverständlich hält, was mühsam genug erkämpft worden ist. In Vergessenheit zu geraten scheint dabei, daß auch heute der Bestandsschutz,³² das Sicherstellen von Wohlstandszuwächsen sowie die Ausweitung von Mitbestim-

30 Bezogen auf die Gesamtbevölkerung aller Bundesbürger über 14 Jahren lassen sich beispielsweise zwölf Merkmalsgruppierungen (So das SINUS-Meinungsforschungsinstitut (Heidelberg) zusammen mit der Werbeagentur Conrad & Burnett (Frankfurt am Main), vgl. „So sind die neuen Deutschen“, Der Stern, Nr. 26 (1991), S. 10 ff.) finden, vom „bescheiden Pflichtbewußten“ (14 Prozent) über den „Bodenständigen“ (13 Prozent), die „aufgeschlossenen Häuslichen“ (10 Prozent), die „Aufstiegsorientierten“ (8 Prozent), die „Angepaßten“ (8 Prozent), die „Geltungsbedürftigen“ (8 Prozent), die „Arrivierten“ (7 Prozent), die „neue Familie“ (7 Prozent), den „Coolen“ (7 Prozent), die „fun-orientierten Jugendlichen“ (7 Prozent), die „jungen Individualisten“ (6 Prozent) bis zu den „trendbewußten Mitmachern“ (5%).

31 „Hebbels Werke“, hrsg. von Theodor Poppe, Berlin/Leipzig o. J., hier „Tagebücher“, 2. Band (Eintragung Wien, März 1847), S. 80.

32 Man denke einzig an die laufende Debatte über die Einführung von Karenztagen, wogegen sich die Gewerkschaften noch mit aller Kraft werden verwahren müssen.

mungsrechten nur durch kollektive Daueranstrengungen zu sichern und auszubauen sein werden. Immerhin wachsen den Gewerkschaften inzwischen die Probleme ebenso über den Kopf wie der Bevölkerung, selbst wenn der Individualisierungsschub andauert.

Objektiv gesehen werden die Leistungen der Gewerkschaften für das Gedeihen der Moderne immer wichtiger, nicht zuletzt wegen

- des Wegfalls der Systemkonkurrenz, wodurch die Gefahr besteht, daß die Marktwirtschaft (von „sozialer Marktwirtschaft“ ist heute kaum noch etwas zu hören) wieder ihrer eigentlichen Zügellosigkeit überlassen werden könnte;
- der neuen Mangellagen, die sich aus dieser Tendenz, aber auch aus der Tatsache ergeben, daß national wie international geringere Produktivitätszuwächse breiter zu verteilen sind;
- des zunehmenden Drucks, im Wettbewerb der Standorte die Konkurrenzbelastung durch wachsende *high-performance-Erwartungen* auf die Arbeitnehmer überzuwälzen, die schon jetzt dem Verschleiß durch Verdichtungen der Leistung kaum mehr gewachsen sind;
- der damit verbundenen Ausbreitung von Assessmentbewegungen („individual performance reviews“), die zu einem Vollregiment der Kontrolle/Überwachung am Arbeitsplatz ebenso führen wird wie zu einer neuen „Ethik des Gegeneinanders“³³, um von den unabsehbaren Härten gegenüber Leistungsschwächeren gar nicht zu reden;
- der Technikentwicklung, die ein immer höheres und vor allem auch multiplexer Anforderungsprofil an die Arbeitnehmer stellen wird.

Es ist aber keineswegs sicher, daß der Zeitgeist³⁴ von dieser Bedarfslage auch Kenntnis nehmen will, offenbar jedenfalls nicht im Moment.

Was tun?

Zur Abhilfe reicht es wahrscheinlich nicht mehr aus zu beklagen, daß der DGB zu teuer und zu ineffizient sei. Im Januar 1992 einigte sich nach monatelangem Hin und Her eine Klausurtagung des DGB-Bundesvorstandes in Hattingen auf eine umfassende Organisationsreform. Das Führungsgremium folgte einem Vorstoß der IG Metall, um den DGB als wirksame Interessenvertretung zu erhalten.³⁵ In diesem Kontext wird auch bis 1996 ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm angestrebt, aber bis dahin bleibt noch viel zu tun. Denn der Entschluß zur Reform ändert überhaupt noch nichts an der bisherigen Problematik, und nicht umsonst mahnte der DGB-Vorsitzende Meyer („Wir sind keine Sitzbewegung“³⁶) noch am Abend der Hattinger Beschlüsse mit Blick

33 Vgl. demgegenüber Alfie Kohn, „Mit vereinten Kräften. Warum Kooperation der Konkurrenz überlegen ist“, Weinheim/Basel 1989.

34 Denn ihm scheint gar nicht mehr bewußt zu sein, wie sehr sich seine Hauptsorgen (Preissteigerungen, Wohnungsmangel, Arbeitslosigkeit etc.) mit zentralen Handlungsfeldern der Gewerkschaften decken, vgl. Allensbach-Umfrage: „Sorgen der Bürger“, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 4. 1992, S. 4.

35 Zit. Westfälische Nachrichten vom 23.1.1992, o. S.

36 Zit. Der Gewerkschafter Nr. 2 (1992), S. 16.

auf den Alltag, sich untereinander nicht die Mitglieder abzuwerben. Wesentlich wichtiger sei es doch wohl, neue Mitstreiter hinzuzugewinnen und vor allem die Kompetenz der Gewerkschaften als „Zähmer des Kapitalismus“³⁷ einzubringen.

Und das ist schwierig genug. Nicht zuletzt deswegen, weil die Marktwirtschaft gerade weltweit zu triumphieren scheint. Es scheint kein Zurück/Vorwärts mehr möglich zu sein zu besseren Alternativen? Zu welchen denn auch?

- Subventionieren wir doch seit langem unseren Wohlstand durch Abwälzung der Kosten auf die Natur/Umwelt. Und diese Unverantwortlichkeit erschwert selbst das Abbremsen der schlimmsten Fehlentwicklungen oder auch nur eine Umsteuerung, weil offenbar die Epoche insgesamt dem König Midas huldigt, gleichermaßen arm und reich - wenn auch mit ganz unterschiedlichen Möglichkeiten -, was sich einstmals etwa der Frühsozialismus einfach nicht hat vorstellen können.

- Das aber ist kein Klima, in dem Gewerkschaften gedeihen. Als Selbsthilfeverbände der abhängig Beschäftigten zehren sie vom kollektiven Energieüberschuß, der nach Abzug der Interessen vom Engagement bleibt. Dieses Motivationsplus nennt man Solidarität, und die war schon immer eine knappe Ressource. Heute aber, im Zeitalter der Selbstverwirklichung, droht dieser Kraftstoff der Gewerkschaften - und der Gesellschaft insgesamt - zu versiegen. Übrigens auch deswegen, weil den Zeitgenossen die Soziogenese (sozialpolitische Umverteilungskämpfe) jener wirtschaftlichen Besserstellung, die ihre Selbstverwirklichungswünsche überhaupt erst möglich macht, längst entfallen zu sein scheint. Der Streit um die Losung des DGB zum 1. Mai 1992 („Teilen verbindet“) hat gezeigt, daß dieses Dilemma auch vor der Verbandsmitgliedschaft nicht halt macht.

Dabei ging es nicht nur um die deutsch-deutsche Verteilungsdimension, vielmehr sollte überhaupt die mit dem Gerechtigkeitsgedanken zusammenhängende Gemeinwohldimension in Erinnerung gerufen werden. Nun, das ist nicht gelungen. Und zwar nicht nur deswegen nicht, weil man sich gerade zum Streik im öffentlichen Dienst rüstete. Vielmehr ist die Kategorie der Solidarität mittlerweile zu einem Abgrenzungsbegriff geraten. Im Zeitalter pluraler Interessen, die nicht länger vom Gemeinsinn überwölbt werden, ist auch die Solidarität parzelliert und läßt sich offenbar nur noch im Gegeneinander stiften. Und das Teilen? Warum soll ich mit jemanden (Ossis, Armen, gar der Dritten Welt) teilen, wo es mir selbst - gemessen an meinem Wunschhorizont - doch noch nicht einmal besonders gut geht? Mir überdies kaum mehr klarzumachen ist, was ich persönlich mit den anderen eigentlich zu schaffen habe?

- Teilen setzt nicht nur Empathie voraus, es erfordert auch einen Begriff des Ganzen, der es ermöglicht, mein Wohlergehen positiv, wenigstens aber

³⁷ Vgl. Das Handelsblatt vom 12.3.1992,8.4.

negativ³⁸ mit dem Umfeld in Beziehung zu setzen, in dessen Kontext sich meine Existenzsicherung gestaltet.

So paradox es also auch klingen mag: Nicht zuletzt dem erfolgreichen Wirken der Gewerkschaften verdankt es sich, daß diese Rückkoppelung heute eher die Ausnahme denn die Regel ist. Die durch ihre mehr als hundertjährige Anstrengung erreichte Sicherung der Lebensumstände hat die Individualisierung des Lebensgefühls ja materiell überhaupt erst ermöglicht. Damit aber haben gerade auch die Vertretungskörperschaften der Benachteiligten zum Aufblühen einer Befindlichkeit beigetragen, die ansonsten ein Nebenprodukt der mit der modernen Marktvergesellschaftung einhergehenden Überwindung jener Vergesellschaftungsformen war, die Alteuropa bis dahin geprägt hatten.

³⁸ Etwa vermittelt durch die Einsicht, daß mein Wohlbefinden in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, wenn die Benachteiligten durch Widerstand gegen ihre Lage auch die Bedingungen meiner Situation beeinträchtigen.